

Zitierhinweis

Kehayova, Kadri: review of: Hans-Joachim Veen / Peter März / Franz-Josef Schlichting (eds.), Die Folgen der Revolution. 20 Jahre nach dem Kommunismus, Köln: Böhlau, 2010, in: Südost-Forschungen, 72 (2013), p. 530-533, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/8d6294e2433a423b80af70e3a0780041>



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

vom Kloster entfernt und danach eine zusätzliche Fastenzeit eingeführt. Sie weihten auch jede Stelle, auf die der Präsident seinen Fuß gesetzt hatte und züchteten an der Stelle, an der der Helikopter gelandet ist, von da an keine Tomaten mehr. Die Politiker benutzen Kultur also als Ressource zum Machterhalt und treten sie zu allem Überfluss noch mit Füßen.

Die beiden letzten Beiträge sind gesondert zu betrachten und bestehen aus einem Interview mit Katarina Luketić aus der Zagreber Zeitung „Zarez“ und einem Nachtrag aus der Belgrader Zeitung „Danas“. Sie sind ebenfalls nicht in der polnischen Ausgabe zu finden. Im Nachtrag kritisieren der Präsident des Zentralrats der Bosniaken, Krkić, und der Herausgeber der Kritischen Ausgabe von Medjedovićs Epik, Čolaković, die Darstellung des Guslaspielers Avdo Medjedović als Fleischer in Čolovićs Beitrag über die Gusla. Čolović zitiert darin die Selbstaussage des Guslaspielers, dass er ein Fleischer sei. Krkić und Čolaković missfällt diese Aussage, scheinbar ist für sie der rohe Beruf des Fleischers nicht kompatibel mit der „Hochkultur“ des Guslaspiels. Čolovićs Antwort, die er beiden im Nachtrag gibt, dekuviert vor allem das einseitige Denken vieler balkanischer Eliten. Es wird aber auch der schwere Stand des Autors in Serbien deutlich; wie andere Angehörige des Belgrader Kreises muss er sich mit seinen Aussagen und Warnungen wie in einer Wagenburg fühlen: Von allen Seiten umzingelt, muss er sich mit Pfeil und Bogen den zahlenmäßig überlegenen Gegnern widersetzen. Ob seine Wagenburg aber immer noch von so vielen Nationalisten wie vor dreizehn Jahren – der älteste Essay im Buch wurde im Jahr 2000 veröffentlicht – belagert wird, daran hat der Rezensent vor dem Hintergrund der Demokratie und des EU-Kandidatenstatus Serbiens seine Zweifel. Wahrscheinlich gehen den Nationalisten doch langsam die Pfeile aus.

Regensburg

Benjamin Kürzinger

Die Folgen der Revolution. 20 Jahre nach dem Kommunismus. Hgg. Hans-Joachim VEEN / Peter MÄRZ / Franz-Josef SCHLICHTING. Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2010 (Europäische Diktaturen und ihre Überwindung. Schriften der Stiftung Ettersberg, 15). 183 S., ISBN 978-3-412-20597-3, € 19,90

Der vorliegende Sammelband „Die Folgen der Revolution. 20 Jahre nach dem Kommunismus“ geht auf ein 2009 in Weimar abgehaltenes internationales Symposium der Stiftung Ettersberg mit dem gleichen Titel zurück. In ihm setzen sich elf Autoren mit der Frage auseinander, was nach dem Ende des Realsozialismus aus den Erwartungen der Beteiligten geworden ist: Es wird nicht mehr gefragt „Was war?“, sondern „Was hat sich entwickelt?“ (8). Der Stiftungsvorsitzende und Mitherausgeber HANS-JOACHIM VEEN begründet in seiner knappen Einführung den gewählten Ansatz: „Schaut man auf die letzten 20 Jahre zurück, ist unübersehbar, dass die Zeitläufe seither von einem raschen Wandel [...] gekennzeichnet sind, in dem die Analysen von gestern die neue Wirklichkeit oft kaum mehr treffen“ (11). Demgemäß suchten die Forscher auf der gemeinsam mit der Bayerischen Landeszentrale

für politische Bildungsarbeit und der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen veranstalteten Tagung eine Art Zwischenbilanz des nachkommunistischen Europa zu ziehen.

Der Sammelband ist in zwei Teile gegliedert. Während der 1. (titellose) Teil die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungslinien untersucht, widmet sich der 2. Teil „Von der Staatswirtschaft zur Marktwirtschaft“ den ökonomischen Gegebenheiten der ehemaligen DDR, Polens, Rumäniens und Ungarns.

Die Aufsätze bieten ein aufschlussreiches Panorama des politischen, zivilgesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungsstandes im ehemaligen Ostblock. Deutlich wird dies gleich im ersten Beitrag, in dem HANS-PETER SCHWARZ einen Gesamtüberblick über die politischen Transformationsprozesse nach 1989 gibt (13-30). Er schreibt das Gelingen der sogenannten 3. Demokratisierungswelle der historischen Erfahrung des Westens zu. Um ein potentielles Machtvakuum in Ost- und Ostmitteleuropa zu vermeiden, entschieden sich die westlichen Staaten und multilateralen Institutionen (EU, Nato) bewusst für die Schaffung von Mechanismen zur Unterstützung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Schwarz macht klar, dass diese erneute „Verwestlichung“ für nicht mehr und nicht weniger als „die Korrektur einer Getrenntentwicklung“ angesehen wurde (27). Am Beispiel Russlands exemplifiziert er, dass die politische Evolution nicht überall gelungen ist. Als eine Art „halbeuropäisches Land“ (28) trenne sich Russland – nach dem Verlust seines Satellitenbereichs – wieder vom Schicksal Europas.

Dieser Einschätzung schließt sich GERHARD MANGOTT in seinem Beitrag über Russlands „gesperrten Weg“ an (101-120). Die demokratischen Reformen wurden schon nach wenigen Jahren abgebrochen. 1993 zementierte die neu verabschiedete Verfassung die Einrichtung eines autoritären Machtzentrums. Die Etablierung dieses Machtzentrums veranlasst den Autor, das heutige Russland in direkte Verbindung mit den zaristischen und kommunistischen Vorgängerregimen zu bringen und es als „Putins autoritären Polizeistaat“ (112) zu bewerten. Dabei folgt der Autor dem Ansatz derjenigen Forscher, die Russlands Entwicklung als abweichend von westlichen Normen betrachten. Auch wenn dieser These im Grundsatz zuzustimmen sein mag, hätte eine kritische Reflexion den Beitrag bereichert. Neben den wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen hätte noch ein weiterer Aspekt thematisiert werden können: Ein Kurzüberblick über die Osteuropapolitik Russlands (als dem einzigen Nicht-EU-Staat, der im Sammelband vorkommt) wäre wünschenswert gewesen.

Besonders lesenswert macht den Sammelband, dass einige der Aufsätze durch ihre Quellenauswahl (Zeitungen, Meinungsumfragen, öffentliche Debatten) und Herangehensweise den Transformationsprozessen einen persönlichen Charakter verleihen. KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ beispielsweise liefert in seinem Beitrag zu Polen sowohl einen anschaulichen Einblick in die wissenschaftliche Forschungsdiskussion als auch in die Selbsteinschätzung der Beteiligten (45-60). Er erhebt keinen Anspruch auf ein „sogenanntes objektives Bild, das wahr und vollständig“ ist und erlaubt sich subjektive Bewertungen, z. B. über die Jahrestagsdebatten 2009, „als gehe es um einen Live-Bericht über *den* großen politischen Kampf um die Geschichte“ (47). Ruchniewicz zeichnet das Bild einer sich modernisierenden und polarisierenden Gesellschaft, in der die Trennlinien entlang der Haltung zu Toleranz, Reichtum, den Akten der ehemaligen Staatssicherheit usw. verlaufen.

MÁRIA SCHMIDTS Beschreibung Ungarns (61-72) ist durchweg düster: kein Elitenwechsel, keine Reprivatisierung, keine moralische Wiedergutmachung, Verflechtung von Staats- und Privatinteressen, Korruption, Hoffnungslosigkeit. Wer ist dafür verantwortlich? Zum großen Teil meinungsbildende Intellektuelle, die nicht daran interessiert waren, dass die Systemveränderung zu einer echten Zäsur wurde, so die Autorin (66). Während Ruchniewicz Polen als wichtigen Staat innerhalb der Europäischen Union bezeichnet, der sich von den unvorteilhaften geopolitischen Bedingungen der letzten Jahrhunderte befreit habe, vertritt Schmidt in ihrer Analyse eine andere Ansicht. Anhand des Beispiels des russisch-ukrainischen Gaskonflikts 2008, in dem weder die EU noch Deutschland im Interesse der osteuropäischen Länder auftraten, urteilt die Autorin, dass sich die Region heute zwischen der deutschen und der russischen Interessensphäre befinde. Dieser Einschätzung schließt sie eine politische Botschaft an: „Ungarn und ganz Mitteleuropa muss erkennen, dass die Region nur auf sich selbst zählen kann“ (71). Auch wenn dies als ein Plädoyer für eine ostmitteleuropäische Zusammenarbeit und gemeinsame Identität daherkommt, wirkt Schmidts Urteil dennoch unreflektiert und wenig nuanciert. So schließt sich ihrer ermutigend klingenden Einschätzung „So groß unsere Probleme auch sind, wir stehen dennoch nicht schlechter da als die als entwickelt geltenden westeuropäischen Länder“ (71) eine abwertende Kritik des Westens an (das Unterrichtswesen liege in Trümmern, das Familienleben erscheine ausgehöhlt, im Mittelpunkt der Lebensplanung stehe der Wunsch, nicht zu altern usw.).

JAN SOKOL bietet in seinem Überblick über Tschechien (73-82) „die Sicht eines engagierten Teilnehmers, der die Entwicklungen mehr miterlebt als beobachtet hat“ (73) und gönnt dem Leser dabei auch eine längere Darstellung der Zwischenkriegszeit. Als größtes Problem im heutigen Tschechien nennt er die Politisierung des Staatsdienstes, wodurch jeder Regierungswechsel immer auch die Beamten der Ministerien betreffe. Sein Urteil (Stand 2009) zum wirtschaftlichen Leben, zum Umweltschutz und zum Lebensstandard fällt dagegen positiv aus.

ANDREI MARGA thematisiert die verspätete Entwicklung Rumäniens (83-100) und sucht nach politischen Alternativen zu „einer Sozialdemokratie, die 2004 oligarchisch wurde, zu einem Liberalismus, der von 2005 bis 2009 nur auf Eigennutz bedacht war, und zum autoritären Populismus“ (89). Marga beschreibt 8 konkrete Herausforderungen, vor denen die rumänische Demokratie stehe. Sie reichen von der klaren Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Interessen bis hin zu einer verbesserten Gesetzgebung.

Gerade das Beispiel Rumäniens verdeutlicht die vorteilhafte Position der sogenannten neuen Bundesländer in Deutschland, die ECKHARD JESSE beschreibt (31-44). Er schlussfolgert in seiner Analyse der Parteien und politischen Kultur in Ostdeutschland, dass die neuen Bundesländer zwanzig Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung „überwiegend demokratisch konsolidiert“ seien (42). Dies gelte trotz der geringeren politischen Aktivität und des „Legitimationsproblems“: die Zustimmungsquote zur „Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben“ (eine nicht unkomplizierte Formulierung, die die Antwort vorherbestimmen mag, so der Autor), liegt im Osten Deutschlands seit 1990 nur bei etwa 40 %. Das Parteiensystem und die Verfassungsinstitutionen wurden von den alten Bundesländern auf die neuen übertragen. Ungeachtet vieler Parallelen zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es, wie Jesse verdeutlicht, auch einige ostdeutsche Spezifika. Besonders bemerkbar sei,

dass die ostdeutschen Wähler stärker zu Parteien neigen, die Gleichheit in den programmatischen Vordergrund rücken. Außerdem hätten es die PDS bzw. Die Linke erfolgreich verstanden, den Ost-West-Konflikt zu kultivieren und so ihre Wählerschaft zu vermehren.

Der Beitrag RÜDIGER POHLS über die ökonomische Transformation Ostdeutschlands (121-128) leitet den 2. Teil des Sammelbandes ein. Das wohl größte Problem für den Osten liegt laut Pohl – angesichts des negativen demografischen Trends – in der Sicherung des Personalbedarfs. Des Weiteren ruft er die Politiker dazu auf, neu über den „Aufbau Ost“ nachzudenken und den Blick von Ostdeutschland auf Gesamtdeutschland zu lenken. Dieser Perspektivwechsel sei notwendig, weil sich die Wirtschaft in Ost und West inzwischen im Gleichschritt bewege.

WITOLD MAŁACHOWSKI weist in seinem statistischen Überblick auf Polens wirtschaftlichen Aufstieg hin (129-140). Das Bruttoinlandsprodukt war im Jahr 2008 gegenüber 1989 um 78 % gestiegen. Das Bruttosozialprodukt bzw. Bruttonationaleinkommen blieb dennoch niedrig (bei 40 % des Durchschnitts aller EU-Mitglieds- und Kandidatenländer). Die Bilanz von Nutzen und Kosten der Transformation fällt laut Autor eindeutig positiv aus. Einen gründlichen Überblick über Rumäniens ökonomische Transformation bietet STEFAN SORIN MUREȘAN (141-162). Durch eine Gewinn- und Verlustrechnung verdeutlicht er, was in Rumänien seit 1989 bewirkt wurde und wo das Land aktuell steht. Als wichtigste wirtschaftliche Vorgänge hebt er Privatisierung und Reprivatisierung hervor. Er vertritt die These, dass die Tatsache, dass Rumänien kein klares Wirtschaftsmodell übernommen habe, die soziale Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert habe. LÁSZLÓ CSABA unterscheidet in seiner Analyse der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungstrends der letzten 20 Jahre (163-174) zwischen vier Ländergruppen, die aus dem Systemwandel hervorgegangen sind. Ungarns Talfahrt vom Spitzenreiter in der Transformationsphase zu einem der schwächsten Transformationsländer Europas beschreibt er als eine Folge des „verlorenen Jahrzehnts“ (174), das von politischen Fehleinschätzungen eingeleitet wurde.

Die Autoren haben insgesamt einen lesenswerten Sammelband vorgelegt, in dem trotz augenfälliger Gemeinsamkeiten bei jedem Land ein eigenes Profil erkennbar wird. Erwartungsgemäß gibt es häufig Wiederholungen und Überschneidungen, die aber bei so eng verwandten Themen nicht immer zu vermeiden sind. Was fehlt, ist eine gesamtosteuropäische Perspektive, die über die Grenzen der einzelnen Beiträge hinausgeht. Dass vier Länder mit jeweils zwei Beiträgen vertreten sind, reduziert die Zahl der Fallbeispiele und trägt zur besseren Übersichtlichkeit bei, hinterlässt jedoch auch den Eindruck der Beliebigkeit bei der Auswahl. Gleichwohl ist der Band eine erhellende und gewinnbringende Lektüre, die zum Weiterdenken anregt.

Regensburg

Kadri Kehayova